

Angebotspolitik als Ersatz für Nachfragepolitik?

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 03.05.2013 (editiert am 25.05.2016)

In der letzten Woche gab es eine große Kontroverse in der Financial Times (FT vom 26.4.2013) über die Frage, ob man nicht auch mit Maßnahmen der Angebotspolitik die Konjunktur anregen könne, statt immer auf Nachfrage durch Verschuldung zu setzen (der englischen FT natürlich, nachdem es die deutsche nicht mehr gibt; die englische war und ist in meinen Augen die beste europäische Wirtschaftszeitung). So schreibt Philip Stephens, dass solche Volkswirtschaften mehr Zeit für die Konsolidierung ihrer Staatshaushalte bekommen sollten, die angebotspolitische Reformen und eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durchsetzen.

Das wirft eine alte, aber immer noch zentrale Frage auf. Gerade die deutsche Position in Europa läuft darauf hinaus, mit einem Pakt für mehr Wettbewerbsfähigkeit dafür zu sorgen, dass alle Staaten auf der Angebotsseite ihrer Volkswirtschaften anpacken, um Europa aus dem Sumpf zu ziehen. Nun basieren aber alle Facetten der Angebotspolitik, wie ich schon vor vielen Jahren in meinem ersten großen wissenschaftlichen Artikel dargelegt habe (Was ist Angebotspolitik? in der Zeitschrift „Konjunkturpolitik“, im Jahre 1982, S. 75-138), auf einem großen Missverständnis und entbehren deshalb einer vernünftigen wissenschaftlichen Basis. Das räumt der Autor der FT dann am Ende auch indirekt ein und folgert daraus, die Politiker sollten lieber den gesunden Menschenverstand benutzen statt auf ökonomische Theorien zu bauen. Das wiederum ist jedoch gefährlich, denn vom rein mikroökonomisch geprägten gesunden Menschenverstand à la schwäbische Hausfrau haben wir schon viel zu viel. Ohne ein Grundverständnis für *gesamtwirtschaftliche* Zusammenhänge geht es eben auch nicht, obwohl ein vollständiges Beiseitelegen der Angebotspolitik zur Krisenbewältigung bereits ein großer Fortschritt wäre.

Noch immer leiten die Anhänger der Angebotspolitik die Grundidee ihrer Auffassungen hauptsächlich aus einem einzigen Satz ab, nämlich dem berühmten Satz des im 18. Jahrhundert lebenden Ökonomen Jean Baptiste Say, der behauptete, jedes Angebot schaffe sich seine eigene Nachfrage. Gemeint war damit, dass niemand ein Angebot an einem Markt macht, wenn er nicht zugleich die Absicht hegt, entweder gleichzeitig oder später Nachfrage in gleicher Höhe zu entfalten. Man könnte auch formulieren, dass niemand beschließt, autark zu leben und nichts am Markt nachzufragen, wenn er gleichzeitig für einen Markt produziert und auf ihm anbietet.

Say's Satz ist nicht falsch, lässt sich aber für die Zwecke, für die er üblicherweise eingesetzt wird, gerade nicht als logischer Beleg benutzen. Normalerweise schlussfolgern die Anhänger der Angebotspolitik aus ihm nämlich, dass es nie einen Mangel an Nachfrage geben könne, weil ja die Menge an produziertem Angebot quasi automatisch die passende Menge an Nachfrage nach sich ziehe. Daher genüge es zur Unterstützung einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung, wenn sich die Wirtschaftspolitik darauf konzentriere, die Angebotsbedingungen in einer Volkswirtschaft so produzentenfreundlich wie möglich zu gestalten, während sich positive Nachfragebedingungen dann von allein einstellen.

Diese Interpretation von Say's Law ist falsch. Der feine, aber entscheidende Unterschied zwischen dem Satz selbst und seiner Fehlinterpretation liegt darin, dass sich nur jedes *abgesetzte* Angebot seine Nachfrage schaffen kann.

Hat man ein Angebot am Markt gemacht und ist man es nicht losgeworden, dann fragt man eben nicht in Höhe der Produktion, auf der man sitzen geblieben ist, andere Güter nach, denn man hat ja nichts an der Produktion verdient. Ob man den unfreiwilligen Aufbau eines Lagers als Investition (nämlich eine Lagerinvestition) oder das Wegwerfen der unverkäuflichen Güter als Eigenkonsum bezeichnet, der quasi nirgendwo statistisch auftaucht, ist eine Frage der Verbuchungspraxis in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, spielt aber keine Rolle für die grundsätzliche Überlegung. Wichtig ist zu verstehen, dass Say nichts darüber ausgesagt hat, wie man es schafft, sein Angebot auch tatsächlich abzusetzen, so dass der parallel zum Angebot bestehende Nachfrage*wunsch* auch realisiert werden kann. (Von Krediten und Verschuldung zu Nachfragezwecken ist ja noch gar keine Rede bei Say.)

Auf welche Probleme trifft der Satz von Say in einer monetären Marktwirtschaft und wie ist infolgedessen die Angebotspolitik als Hilfsmittel aus der Krise zu beurteilen? Man muss sich zunächst überlegen, was passiert, wenn in einer Volkswirtschaft die Unternehmen das Angebot auszuweiten versuchen. Sagen wir, die Unternehmen wollen das tun, weil es technologische Neuerungen gibt, die es ihnen ermöglichen, mehr Produkte als vorher pro Stunde zu produzieren bei unverändertem Arbeitseinsatz pro Stunde und damit unveränderten Lohnkosten pro Stunde. Die Produktion und mit ihr das Angebot sollen also ausgedehnt werden, weil die Produktivität gestiegen ist. Zieht dann die Nachfrage von selbst mit oder gibt es da Probleme?

Theoretisch sieht die Sache so aus: Wir nehmen an, dass die gleiche Menge an Arbeitskräften beschäftigt wird, d.h. entsprechend dem Produktivitätszuwachs mehr produziert wird. Um diese zusätzliche Produktion absetzen zu können, nutzen die Produzenten die produktivitätsbedingte Kostensenkung pro Stück für eine Stückpreissenkung. Dann können sie tatsächlich mehr als vorher verkaufen, weil ja die ausgezahlten (gleich gebliebenen) Löhne durch die Preissenkung real mehr wert geworden sind und daher mit ihnen auch mehr reale Nachfrage entfaltet wird oder werden kann. In dieser Konstellation hat sich das vermehrte Angebot also seine Nachfrage selbst geschaffen. Wenn die Unternehmer keine Preissenkung vornehmen, weil sie die höheren Stückgewinne einstreichen wollen, werden sie schnell feststellen, dass die Nachfrage zu gering ist. Der Wettbewerb zwischen den Unternehmen setzt dann die Preissenkung in Gang.

So weit so richtig. Dass das in der Praxis nicht so glatt läuft, weil wegen der Dynamik einer Deflation (nichts anderes stellt ja die Preissenkung dar) das Modell in der Realität an seine Grenzen stößt, dazu später noch ausführlicher.

Hier erst noch der Unterschied zwischen dem genannten Beispiel und dem, was die deutsche Position in Sachen Angebotspolitik in der Eurokrise betrifft. Deutschland hat ja zusammen mit der EU-Kommission bei den Krisenländern Lohnsenkungen durchgesetzt und fordert weiterhin welche mit der Begründung, die Krisenländer müssten ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. Ausgangspunkt dieser Angebotspolitik ist also nicht eine Produktivitätssteigerung wie im Beispiel oben, sondern eine Nominallohnsenkung. Kann es so einen Ausweg aus der Krise geben?

Nun, wenn die Preise nicht entsprechend reagieren, sprich: nicht oder nicht im gleichen Umfang fallen wie die Nominallöhne, dann sinken die Reallöhne, was die Inlandsnachfrage drosselt und die Krise automatisch verschärft. Denn ohne spürbare Preissenkung gibt es keine oder keine große Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland und damit auch keinen Nachfrage"ersatz" aus dem Ausland für die gesunkene Binnennachfrage.

Fallen die Preise so zügig wie die Nominallöhne, bleiben die Reallöhne gleich und damit (theoretisch, d.h. ohne Berücksichtigung etwaiger Verhaltensänderungen der Konsumenten aufgrund von Deflation) auch die reale Inlandsnachfrage. Das einzige, was das Land dann durch die Lohn- und Preisniveausenkung erreicht hat, ist eine Verbesserung seiner internationalen Wettbewerbsposition *für den Fall, dass seine Handelspartner nicht genau die gleiche Strategie anwenden, also auch auf Deflation setzen.*

Das war das Modell Deutschlands in den ersten zehn Jahren der Europäischen Währungsunion: eine Verbesserung seiner internationalen Wettbewerbsposition. Sie ermöglichte eine (im Vergleich zu den lohnpolitisch bedingten entgangenen binnenwirtschaftlichen Möglichkeiten) schwache Nachfragesteigerung durch Außenhandelsüberschüsse und bewerkstelligte so den Export von Arbeitslosigkeit. Eine echte Reduktion von Arbeitslosigkeit, d.h. keine Verschiebung ins Ausland, sondern ein Beschäftigungsplus durch kräftige Sachinvestitionen und stabile Inlandsnachfrage, fand hingegen kaum statt.

Wenn man dieses Modell jetzt als Medizin für alle EWU-Länder empfiehlt, ist es von vorneherein (und nicht erst nach einem Jahrzehnt) vollkommen sinnlos, weil dann nur alle ihre Preise senken, Deflation die Folge ist und sonst nichts Positives geschieht. Eine Verbesserung der Wettbewerbsposition der Krisenländer gegenüber Deutschland oder gegenüber anderen EWU-Ländern kann logischerweise nicht stattfinden, wenn alle billiger anbieten. An den Handelsungleichgewichten innerhalb Europas ändert sich daher nichts und folglich kann sich auch die Außenverschuldung der Staaten nicht verringern. Die Krisenursache bleibt unbearbeitet.

In diesem Zusammenhang auf die Nachfrage von außerhalb Europas zu setzen, wie das die deutsche Regierung [immer](#) wieder tut, ist bei der gegenwärtigen Verfassung der Weltwirtschaft illusorisch: Der Euro wird im Zweifel aufwerten, wenn die EWU eine Deflationsstrategie auf breiter Front fährt. Das hat der aufflammende [Streit innerhalb der G20](#) im Februar sowie bei der [Tagung von IWF und Weltbank](#) im April zwischen der japanischen und der amerikanischen Zentralbank auf der einen und der

[Deutschen Bundesbank](#) auf der anderen Seite (Stichwort Abwertungswettlauf) bereits offenbart.

Zwischenergebnis: Die Angebotspolitik in Form einer Lohnsenkungsstrategie, wie sie Deutschland den EWU-Partnern zur Krisenbewältigung abverlangt, ist zum Scheitern verurteilt. Alles Vertrösten auf die lange Frist, in der eines Tages dann alles besser werde, alle Hinweise auf unvermeidliche, schmerzhafteste Einschnitte als Voraussetzung für eine Gesundung sind undurchdachtes Geplapper, das nur dazu dienen soll, die unübersehbaren Misserfolge zu bemänteln und den Zeitpunkt hinauszuschieben, an dem die Anhänger dieser Angebotspolitik eingestehen müssen, komplett versagt zu haben.

Zur Lohnsenkungsstrategie gehören übrigens nicht nur die direkten Kürzungen der Tariflöhne und das Absenken von Mindestlöhnen. Darunter fallen ebenso alle anderen arbeitsmarktpolitischen "Flexibilisierungsmaßnahmen" wie Verlängerung der Arbeitszeit, Streichung von Zulagen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Befristung von Arbeitsverhältnissen, Aufweichung des Kündigungsschutzes, Reduktion der Leistungen aus den Sozialversicherungen, insbesondere aus der Arbeitslosenversicherung etc. Denn letzten Endes nehmen alle diese angebotspolitischen Maßnahmen einen negativen Einfluss auf das gesamte Lohnniveau und damit auf die Nachfrage. Mit diesem Ast der Angebotspolitik ist der Kampf gegen die Krise nicht zu gewinnen, er erschwert ihn nur oder genauer: er zementiert die Krise.

Könnte es aber sein, dass wenigstens die Variante der Angebotspolitik erfolversprechend ist, bei der eine Produktivitätssteigerung den Ausgangspunkt bildet, die nicht (oder zumindest nicht vollständig) in den Nominallöhnen weitergegeben wird wie im oben zuerst geschilderten Beispiel? Denn dort zieht doch die reale Nachfrage dank Preissenkung mit und findet zugleich eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit statt, oder? Wenn das gelänge, hätte man doch den Stein der Weisen gefunden! Dann wäre eine Angebotspolitik, die sich um die Verbesserung der Produktivität bemüht und aufpasst, dass die nicht komplett in den Löhnen landet, wo sie verfrühstückt würde, doch erfolgreich und im Vergleich zum ewigen Schuldenmachen der Nachfragepolitik der Königsweg aus der Krise, nicht wahr?

Warum auch diese Variante scheitern muss, dazu in Kürze mehr.

Über den Autor

Veröffentlicht am: 03.05.2013 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/05/angebotspolitik-als-ersatz-fur-nachfragepolitik/>